

vierteljährlich  
4 Mark 80 Pf.  
...  
Begründet 1877.



Die Haptige Seite  
...  
Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 40 | Druck und Verlag in Altensteig. | Mittwoch, den 18. Februar | Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. | 1920.

Die Note des Dreierrats.

Aus Paris wird gemeldet:  
Die der deutschen Regierung zur Frage der Auslieferung der Beschuldigten überreichte Note hat folgenden Wortlaut:  
Die Alliierten haben mit Aufmerksamkeit die Mitteilung geprüft, die von der deutschen Regierung am 25. Januar 1920 an sie gerichtet wurde und in welcher die schwereren Folgen sowohl wirtschaftlicher als politischer Natur dargelegt werden, die aus der Durchführung der in den Artikeln 228 und 230 über die Auslieferung der angeklagten Deutschen enthaltenen Bestimmungen auch für die Durchführung des Friedensvertrags vom 28. Juni 1919 selbst erwachsen würden. Die Mächte stellen zunächst fest, daß Deutschland erklärt, außer Stande zu sein, die aus den erwähnten Artikeln des Vertrags sich ergebenden Verpflichtungen einzufüllen. Sie behalten sich vor, das ihnen aus dem Vertrag zustehende Recht in dem Maße und in der Form zur Anwendung zu bringen, als es ihnen zweckdienlich erscheint. Unter dieser Voraussetzung nehmen die Alliierten Kenntnis von der durch die deutsche Regierung abgegebenen Erklärung, daß sie bereit ist, vor dem obersten Reichsgericht in Leipzig unverzüglich ein mit den vollständigsten Garantien versehenes Strafverfahren gegen alle Deutschen einzuleiten, deren Auslieferung die a. und a. Mächte zu verlangen beabsichtigen.

Die von der deutschen Regierung selbst vorgeschlagene, von ihr unverzüglich in die Hand zu nehmende strafgerichtliche Verfolgung ist vereinbar mit der Durchführung des Artikels 228 des Friedensvertrags und ausdrücklich am Ende des ersten Absatzes dieses Artikels vorgesehen. Gehten dem Buchstaben und dem Geist des Vertrags, werden die Alliierten sich hüten, sich irgendwie in das Verfahren, die gerichtliche Verfolgung und das Urteil einzumischen, um so der deutschen Regierung ihre ganze und volle Verantwortlichkeit zu überlassen. Sie behalten sich vor, an Hand der Tatsachen den guten Willen Deutschlands bei Beurteilung der begangenen Verbrechen durch Deutschland herbeizuführen und den aufrichtigen Wunsch, an deren Bestrafung mitzuwirken, zu bemessen. Sie werden sehen, ob die deutsche Regierung, die sich außer Stande erklärt, die Schuldigen zur Aburteilung zu verhaften und den Alliierten zu übergeben, wirklich entschlossen ist, sie selbst vor dem Reichsgericht in Leipzig zu verurteilen.

Gleichzeitig haben die Alliierten, um der Wahrheit und der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, beschlossen, eine gemischte Kommission zu beauftragen, eingehend und im einzelnen die Straftaten eines jeden, dessen Schuld durch die Untersuchung der Alliierten festgestellt wurde, zu sammeln, zu veröffentlichen und der deutschen Regierung mitzuteilen.

Endlich halten die Alliierten dafür, in formeller Weise zu erklären, daß das Verfahren vor einem Gerichtsbarkeit, wie sie vorgeschlagen wurde, in keinem Fall die Bestimmungen der Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrags aufheben kann. Die Mächte behalten sich auch vor, zu prüfen, ob das von Deutschland vorgeschlagene Verfahren, das nach Deutschlands Versicherung den Angeklagten alle Rechtsgarantien sichern soll, nicht schließlich darauf hinausläuft, die Schuldigen der gerichtlichen Bestrafung für deren Vergehen zu entziehen. Die Alliierten werden in dem Fall voll und ganz ihr Recht ausüben und die Schuldigen vor ihr eigenes Gericht stellen. (Bez.): Lloyd George.

Bekanntlich hat sich an der Auslieferung der Auslieferungsliste auch Polen beteiligt, obwohl Polen in aller Form auf seine sich aus den Artikeln 228 bis 230 des Friedensvertrags ergebenden Rechte verzichtet hat. An sich wären zwar Fälle von gemeinen Verbrechen denkbar, die durch den Amnestievertrag nicht gedeckt sein würden. Mindestens die Mehrzahl der polnischen Beschuldigungen bezieht sich aber nicht auf gemeine Straftaten, sondern auf politische oder militärische Maßnahmen. Die deutsche Regierung sieht sich also einem glatten Vertragsbruch gegenüber. Der Standpunkt der deutschen Regierung der polnischen Auslieferung gegenüber ist vorzeichnet. Hier brauchen die den anderen Ententestaaten gegenüber in Betracht kommenden Erwägungen nicht angeführt zu werden. Hier gilt nicht das Angebot in der bekannten deutschen Note vom 25. Januar, hier kann es nur eine unbedingte Ablehnung aus Rechtsgründen geben.

WTB. Berlin, 17. Febr. Die heute vom englischen Geschäftsträger übergebene die Auslieferung betr. Note, die aus London vom 18. Febr. datiert, von Lord George unterzeichnet und an den Kanzler der deutschen Republik gerichtet ist, stimmt nach der amtlichen Übersetzung mit dem bereits gemeldeten Text der Agence Havas im ganzen überein. Hervorzuheben ist folgende abweichende Stelle: „Inzwischen nehmen die Alliierten von der durch die deutsche Regierung abgegebenen Erklärung Akt, daß diese bereit ist, unverzüglich vor dem obersten Gerichtshof in Leipzig gegen alle Deutschen, deren Auslieferung die alliierten und assoziierten Mächte zu fordern beabsichtigen, ein Strafverfahren zu eröffnen, welches mit den vollständigsten Garantien umgeben sein und alle Urteile, Verfahren oder frühere Entscheidungen der deutsche Zivil- oder Militärgerichte unberücksichtigt lassen wird (Note Nr. 88 vom 26. Januar 1920). Die Strafverfolgung, welche die deutsche Regierung hiernach selbst einzuleiten vorläßt, ist mit der Ausführung des Artikels 228 des Friedensvertrags vereinbar usw. Weiter unten mag es in der Note heißt: „Beurteilung der begangenen Verbrechen“ richtig heißen: „Anerkennung der begangenen Verbrechen“.

Der Dreierrat an Holland.

Paris, 17. Febr.

Die Antwort des Obersten Rats der Alliierten, die in der Frage der Auslieferung Wilhelm II. an Holland gerichtet worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Die Mächte haben von der Antwort der holländischen Regierung auf ihre Note vom 15. Januar 1920 hinsichtlich der Auslieferung des deutschen Kaisers Wilhelm von Hohenzollern jeweils dessen Beurteilung Kenntnis genommen.

Die von den Mächten während des Kriegs im allgemeinen Interesse (!) gebrauchten ungeheuren Opfer geben diesen Mächten das Recht, die Niederlande zu bitten, auf ihre Weigerung zurückzukommen, die sich nicht auf unannehmbar aber ganz persönliche Erwägungen eines Staats, der im Krieg abseits gestanden und vielleicht nicht genau alle Pflichten und Gefahren der gegenwärtigen Stunde abwägt.

Die Mächte verlangen von der königlichen Regierung nicht eine Preisgabe ihrer traditionellen Politik, sie glauben aber, daß die Natur ihres Gesuchs nicht genügend gewürdigt wurde. Es handelt sich um keine Frage des Prestiges (Ruhm und Ansehen) und die Mächte widmen dem Gefühl der Gerechtigkeit eines Staats mit begrenzten Interessen ebensoviel Aufmerksamkeit, wie der wohlüberlegten Forderung der Großmächte. Um jedoch den verantwortlichen Urheber des großen Kriegs abzurufen, können sie nicht die Schaffung eines Obersten Gerichts abwarten, das mit der Verfolgung internationaler Verbrechen betraut wird. Gerade das in Aussicht genommene Urteil wird einem solchen Gerichtshof den Weg ebnen.

Die Mächte wünschen, festzustellen, daß der Völkerbund noch keinen solchen Grad der Entwicklung erreicht hat, daß es ihm oder in irgendeinem durch ihn ins Leben gerufenen Gericht gesungen könnte, vollständige Genehmigung zu schaffen.

Würde die Weigerung der königlichen Regierung, den ehemaligen Kaiser auszuliefern, nicht einen unheilvollen Vorgang schaffen, der geeignet wäre, jedes Verfahren eines jeden internationalen Gerichtshofs gegen hochgestellte Schuldige unwirksam zu machen? Die Regierung der Niederlande macht geltend, daß das Auslieferungsgesuch von ihr nur vom Standpunkt ihrer eigenen Politik aus ins Auge gefaßt werden könne. Sie scheint dabei nicht in Erwägung zu ziehen, daß sie gemeinsam mit den zivilisierten Nationen die Pflicht hat, die Bestrafung der Verbrechen gegen das Völkerrecht und gegen die Grundzüge der Menschlichkeit sicher zu stellen, Verbrechen, für die in heute unzulänglicher Weise Wilhelm von Hohenzollern eine schwere Verantwortlichkeit zufällt.

Die Note vom 15. Januar wurde überreicht im Namen von 26 Mächten, den Unterzeichnern des Friedensvertrags und gemeinsamen Beauftragten (!) des größten Teils der zivilisierten Nationen.

Wie könnte die holländische Regierung vergessen, daß es der Politik und dem persönlichen Handeln des zur Aburteilung verlangten Mannes anzuschreiben ist, wenn

nahezu 10 Millionen Menschen in der Blüte ihres Alters brutal dahingemordet wurden, wenn dreimal mehr Menschen gräßlich verflümmelt oder in ihrer Gesundheit geschädigt wurden, wenn Tausende von Quadratkilometern bisher industriereichen, friedlichen und glücklichen Landes verheert und zerstört wurden, wenn die Kriegsschuld Hunderte von Milliarden übersteigt und wenn alles dies geschehen ist zum Schaden von Menschen, die ihre Freiheit, wie die Freiheit ihrer Kinder und die Freiheit der ganzen übrigen Welt verteidigt haben.

Das wirtschaftliche und soziale Leben der Völker wurde erschüttert und ist noch gefährdet durch Not und Elend, das eine fürchterliche Folge des von Wilhelm II. entfesselten Krieges ist. Die Alliierten können die Ueberzeugung nicht verbergen, die sie empfinden, als sie in der holländischen Antwort nicht ein einziges Wort der Mißbilligung für die von dem Kaiser begangenen Verbrechen fanden, Verbrechen, die die Urgefühle der Menschheit und der Zivilisation auftritten und deren unschuldige Opfer namentlich auch sehr viele holländische Staatsangehörige auf hoher See wurden. Es stimmt vollständig überein mit den Zielen des Völkerbunds, Verhältnisse zu stiften bei der Bestrafung solcher Verbrechen. Wie könnte man sich dem Eindruck jeder reaktionären Kundgebungen entziehen, die eine Folge der Weigerung Hollands wären. Wie könnte man verkennen, welche gefährliche Stärkung alle jene erfahren, die mit der Bestrafung der Schuldigen und ihrer exemplarischen Aburteilung, welcher Gesellschaftsklasse sie auch angehören mögen, wenn sich Holland widersetzt. Holland, dessen Geschäfte lange Kämpfe (gegen England und Frankreich, D. Schr.) um die Freiheit aufweist und das um der Gerechtigkeit willen so schwer gelitten hat, sollte nicht eine so enge Auffassung seiner Pflichten bekunden und sich damit außerhalb der Gemeinschaft der Welt stellen. In den Pflichten, denen sich aus nationalen Gründen niemand entziehen kann, gehört es, sich mit uns zu vereinigen in der exemplarischen Bestrafung der verantwortlichen Urheber des Unheils und der Schäden des Kriegs und sich zu bemühen, die deutsche Nation zur Auffassung der Menschlichkeit zurückzuführen, da sie immer noch zögernd auf den falschen Theorien ihrer Regierung beharrt, die offen aussprechen, daß Gewalt vor Recht gehe und der Erfolg das Verbrechen heilige.

Die Mächte möchten der Regierung der Niederlande in Erinnerung bringen, daß sie, falls sie darauf beharrte sich um die Anwesenheit der kaiserlichen Familie auf holländischem Gebiet so nahe an der Grenze nicht zu bekümmern, sowohl direkt verantwortlich ist dafür, dem Verbrecher vor den Forderungen des Rechts in Schutz zu nehmen, als auch verantwortlich für die für Europa und die ganze Welt so gefährliche Propaganda. Die ständige Anwesenheit des Kaisers unter durchaus unwirksamer Kontrolle in geringer Entfernung von der deutschen Grenze, so daß er das Zentrum einer tätigen und wachsenden Intrige vieler bleibt, stellt für die Mächte, die zur Beseitigung dieser tödlichen Gefahr übermenschliche Opfer gebracht haben, eine Bedrohung dar. Die Mächte haben die Pflicht, solche Maßregeln zu ergreifen, wie sie ihnen ihre eigene Sicherheit gebietet.

Die Mächte können das peinliche Gefühl nicht verhehlen, das ihnen die Weigerung verursacht, ihnen den Kaiser auszuliefern, ohne irgend eine Prüfung der Möglichkeit, wie die Weigerung Hollands in Einklang gebracht werden könnte mit jenen Vorsichtsmaßnahmen, die es an Ort und Stelle, sei es in der Entfernung des Kaisers vom Schauplatz seines Verbrechens, durch die er gleichzeitig außer Stande gesetzt wäre, in Deutschland zukünftig seinen unheilvollen Einfluß auszuüben.

Obwohl ein solcher Vorschlag dem Verlangen der Verbündeten nicht ganz entsprochen hätte, hätte er doch Zeugnis gegeben von jenen Gefühlen, denen sich Holland unmöglich entziehen kann.

Die Mächte machen in der feierlichsten und dringlichsten Form die holländische Regierung aufmerksam auf die Tragweite, die sie einer neuen Prüfung der ihr gestellten Fragen beimesen. Sie wünschen, zu verstehen zu geben, wie ernst die Lage werden könnte, wenn die Regierung der Niederlande nicht in der Lage wäre, Zusicherungen zu geben, wie sie die Sicherheit Europas so gebieterisch verlangt.



Frankreich steht allein.

Berlin, 17. Febr. Aus Genf wird der „D. Tages-“ gemeldet, in Paris sei man verstimmt, daß Wil- rard bei der Konferenz in London eine völlige Nie- derlage erlitten habe. Die französischen Zeitungen sind unzufrieden, daß die Noten nach Berlin und Budapest von Lloyd George unterzeichnet seien, der jetzt Präsi- dent der Konferenz geworden sei. Die Regelung der Aus- lieferungsfrage gefällt nicht. Es wird darauf hingewie- sen, daß in London die Politik der Versöhnung Deutsch- land, Rußland und der Türkei gegenüber die Oberhand gewonnen habe. Der französische Finanzminister sei in London freundlich aufgenommen worden, aber man finde kein Entgegenkommen in den finanziellen Anliegen Frank- reichs. Man wisse, daß England selbst mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen habe.

Deutsche Kommunisten-Siedelungen?

Die Internationale Telegraphen-Agentur (Ita) in Köln verbreitet eine Meldung der Londoner „Daily News“, daß die bolschewistische Regierung in Moskau den deutschen Kommunisten große fruchtbarere Strecken Siedlungslandes an den westlichen Ufern der Wolga angeboten habe. Die geographischen Angaben dieser Meldung, die wir mit Vorbehalt veröffentlichen, stimmen. Auf dem östlichen Ufer der Wolga gibt es Siedlungsland in neuem, wertvollem Ausmaß nicht mehr. Dort siedeln seit Geschlechtern am Mittellauf des gewaltigen Stroms die meist aus Süd- deutschland zugewanderten deutschen Kolonisten. Es waren fleißige schwäbische Bauern, die schon von der großen Katharina dorthin gerufen wurden, und die in lan- ger mühsamer Kulturarbeit sich ein Heimatrecht auf die fremde russische Erde erworben haben. Sie hausen dort in geschlossenen dörflichen Siedlungen, ihr hauptstädti- scher Mittelpunkt ist Katharinenstadt, aber auch in der großen Handelsstadt Samara, in deren Nähe die nach Sibirien führende Hauptlinie die Wolga quert, und in der Stromabwärts gelegenen Univeritätsstadt Saratow ist der starke Einschlag von diesen Wolgakolonisten unver- kennbar. Obwohl ihr Deutschtum durch eigene Schulen und Kirchen kräftig unterhalten wird, sind viele von ihnen, besonders unter der Jugend, stark verrußt. Diese unter- liegt wie überall der außerordentlich starken Werbekraft der neuen russischen Literatur, gegen die unsere auf den deutschen Schulen erklärten Moskiter machtlos sind. Ob Rußland und auch Deutschland mit diesen neuen „kom- munistischen“ Ansiedlern, die durchweg alle andern Eigen- schaften beizugehen als bäuerliche Tüchtigkeit und auf der Scholle ersonnenen Familiensinn, gebietet ist, steht auf einem andern Blatt; es sind ja auch keine wirtschaftlichen, sondern politische Gründe, welche die Sowjet-Regierung zu einem solchen Schritt bewegen haben.

Ein „Versehen“.

Paris, 17. Febr. Wie der „Temps“ meldet, soll der Name des ehemaligen Großherzogs von Hessen aus Ver- sehen auf die Auslieferungsliste gekommen. Es sei mög- lich, daß eine Nachprüfung der gegen ihn vorliegenden Beschuldigungen die Alliierten veranlassen werde, sei- nen Namen zu streichen.

Waffen gegen Juder.

Prag, 17. Febr. Das Tschechenblatt „Prava Lidu“ schreibt: Die tschechische Regierung führt nach Bayern Juder aus und die Bayern liefern hierfür Gewehre und Maschinengewehre. In der letzten Sitzung des bayeri- schen Kabinetts wurde die Frage der Lieferung von Waffen nach Tschechien geprüft: es wurde festgestellt, daß 15 000 Gewehre, 10 000 Karabiner, 200 Maschinen-

gewehre geliefert werden. Als Entgelt sollte Bayern 40 000 Tonnen Kohlen und 30 000 Zentner Zucker erhalten. Die Lieferungen nach Tschechien erfolgten ordnungsmä- ßig und auf Wunsch des Verbands. Tschechien lieferte bisher nach Bayern zwar Zucker; Kohle ist jedoch aus- geblieben.

Erhöhung der Arbeitsleistung.

Essen, 17. Febr. Zwischen Vertretern der Reichsre- gierung, der preuß. Regierung, der Arbeitgeber und Arbeiter des Bergbaus und der Eisenindustrie fand ge- stern eine Beratung über die Erhöhung der Koh- lenförderung statt. Reichsanwalt Bauer betonte, die Mehrleistung lasse sich nur erzielen, wenn mehr als 7 Stunden gearbeitet werde. Jährlich müßten un- bedingt 40 bis 50 Millionen Tonnen mehr gefördert werden.

Prozeß Erzberger—Helfferich.

Berlin, 17. Febr. In der gestrigen Sitzung kam der Fall Angele zur Verhandlung, wozu Dr. Helfferich ausführte, der Salzfabrikant Eugen Angele aus Warthausen bei Sibirach sei ein Unterkommissar der Reichsgerichten- stelle gewesen, habe sich aber einen großen Vertrauens- bruch zu Schulden kommen lassen, so daß er aus seiner Stellung entfernt worden sei. Die Angelegenheit wurde später von der Staatsanwaltschaft Ravensburg aufge- griffen. Später sei es ihm hauptsächlich durch das Ein- greifen des Abg. Erzberger gelungen, wieder Unter- kommissar in Ulm zu werden. Der Abgeordnete Erz- berger habe hier seinen parlamentarischen Einfluß aus- genützt. Angele habe sich für diese Bemühungen durch reichliche Sendungen von Schleichhandelsartikeln erkenntlich gezeigt.

Hierzu erklärt der Vertreter des Nebenklägers, Dr. Friedländer, Angele habe Erzberger eine Anzahl amt- licher Schriftstücke vorgelegt, u. a. eines von einem Re- gierungsrat Duzer, in dem erklärt wird, daß die Ein- setzung des Angele im Interesse des Amtsbezirks Sibirach liege. Erzberger habe also lediglich amtlich vorgeliegene Wünsche seines Wahlkreises erfüllt.

Minister Erzberger bemerkt, da ihm mitgeteilt wor- den sei, daß gegen Angele nichts vorliege, habe er es für seine Pflicht gehalten, darauf hinzuwirken, daß An- gele, den Wünschen des Wahlkreises entsprechend, wieder eingestellt werde.

Der Vorsitzende verliest ein hierauf bezügliches Schriftstück des Nebenklägers und die Antwort der Reichs- gerichtsgesellschaft.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird festgestellt, daß u. a. Frau Erzberger reichliche Sendungen von Lebensmittel von Angele erhalten hat und zwar zu außerordentlich niedrigen Preisen; so z. B. hat sie für das Pfund Zucker 30 Pfg., für das Pfund Rauchschmalz 2 20 M. und für eine Gans 20 M. an Angele bezahlt.

Dr. Helfferich fragt, warum Erzberger bei seinen Verhandlungen mit der Reichsgerichtenstelle nicht darauf aufmerksam gemacht habe, daß gegen Angele etwas vor- liege. — Erzberger erwidert, daß ihm 1918 nichts davon bekannt gewesen sei. — Der Vorsitzende und Dr. Hel- fferich weisen beide Erzberger darauf hin, daß sein Ein- fluß doch zweifellos ein sehr großer gewesen sei und fragen ihn, ob es ihm mit Rücksicht hierauf nicht angebracht er- schien sei, mit einem eventuellen Druck im Reichstag zu drohen. — Erzberger verneint; er habe sich als Abgeordneter hierzu aber für berechtigt gehalten.

Geheimer Rat Hagedorn bekundet, daß im Som- mer 1916 der Grundbesitz festgelegt worden sei, daß Brauer,

den sollten. Ausnahmen für besondere Fälle seien vor- gesehen worden. Abgesehen von Angele seien aber Ausnahmen nicht gemacht worden. Im August 1918 habe er einen Brief Erzbergers erhalten, in dem sich die- ser für die Einsetzung Angeles bemüht und der die Dro- hung enthalten habe, Erzberger werde die Angelegenheit im Reichstag zur Sprache bringen. Trotzdem sei die Reichsgerichtenstelle fest geblieben. Der damalige Kommissar für Volksernährung, v. Dypen, habe jedoch erklärt, der Vorsitzende des Reichsernährungsrates wünsche, daß man Erzberger entgegenkomme. Daraufhin habe die Ger- richtsstelle nachgegeben. — Der Zeuge erklärt weiter, An- gele sei auch bevorzugt worden in Bezug auf die Zuteilung von Gerste zur Herstellung von Malzkaffee und von Hafer zur Herstellung von Nahrungsmitteln. Im Dezember 1917 kam es zur Einleitung eines Ver- fahrens gegen alle Beteiligten, auch gegen Erzberger selbst, dem vorgeworfen wurde, er habe sich von Angele bestechen lassen. Das Verfahren gegen Erzberger sei mit Rücksicht auf seine Straffreiheit als Abgeordneter nicht we- tergeführt worden. — Der Zeuge Hagedorn bekundet dann noch, daß er seinen Widerstand gegen Erzberger erst aufgegeben habe, als er gesehen habe, daß Herr v. Batocki sich für Erzberger einsetze. Es sei für ihn (den Zeugen) die stärkste Zumutung gewesen, die ihm in seiner ganzen Amtszeit vorgekommen sei.

Nach Vernehmung des Polizeikommissars Boyer über den Leumund des Angele, wird Angele selbst als Zeuge aufgerufen. Die Lebensmittelsendungen an Erzberger seien vorher nicht verabredet und nicht von seiner ei- waigen Wiedereinsetzung abhängig gemacht worden.

Dr. Helfferich fragt, ob dem Zeugen nicht ein Brief bekannt sei, in dem Erzberger schrieb, er danke ihm für diese Sendungen, umso mehr, als es ihm möglich ge- wesen sei, in seinem (Angeles) Interesse tätig gewesen zu sein. — Der Zeuge kann sich auf einen solchen Brief nicht besinnen.

Es soll nun der Teil „Wais“ (Otto Wais-Wais) zur Erörterung gelangen. Geh. Rat v. Gordon bean- tragt, da hier gewisse wirtschaftliche Verhandlungen mit einem östlichen Staat erörtert werden müßten, die Def- fentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit auszu- schließen. Das Gericht beschließt demgemäß den Ausschluß der Öffentlichkeit auf die Dauer einer Stunde. Nach Wiederöffnung der Sitzung wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 18. Februar 1920.

Willkommen in der Heimat! Aus franz. Gefangen- schaft sind hierher zurückgekehrt: Chr. Dürschwabel, Lehrer, Sohn des Schuhmachermeisters Dürschwabel hier, nach 42 monatlicher Gefangenschaft und Karl Wais, Sohn des + Rigger Schmid, nach 40 monatlicher Gefan- genschaft. Es stehen hier etwa noch 6 Gefangene aus.

Unterhaltungsabend der Frauenarbeitschule. Gestern Abend fand im „Stern“ hier ein Unterhaltungs- abend der Frauenarbeitschule statt, welcher von Fr. Neef geleitet wurde und den Arbeitschülerinnen und geladenen Gästen viel Vergnügen bereite. Eröffnet wurde derselbe durch einen vorzüglich gelungenen, kraft ausgeführten Blumenschneidens, der wohl das Glanzstück des Abends war. Außerdem wurden zwei Theaterstücke „Wenn Tanten ver- reist“ und „Lottchen Langhans“ recht nett gespielt und verschiedene Deklamationen helleren Inhalts dargeboten. Den musikalischen Teil hatte Frau Stähle übernommen, welche damit zur Verschönerung des Abends, der einen recht netten Verlauf nahm, beigetragen hat.

Leserbriefe.

Nimm Gott auf in dein Lebensschiff Mit gläubigem Vertrauen, Stoß ab vom Strand, und laß vor Riff Und Klippen dir nicht grauen, Und flog' auf wilder Wogenbahn Dein Schifflein auch hinab, hinan Und schlag' selbst die Wellen, Ins Schiff hinein, Kannst ruhig sein, Er läßt es nicht zerschellen.

Das Geheimnis von Katenhoop.

Roman von H. Hill.

(69. Fortsetzung). (Nachdruck verboten).

„Was Sie sagen! Herr Mellentin ist verhaftet? Da er wohl vermutlich auch nicht mehr in Katenhoop?“ „Ja, wo wird er denn! Im Gefängnis ist er — in Wostod.“ Gestern schon haben sie ihn fortgebracht. Na, wenn Sie den beurteilen — dann heiße ich Hans, habe ich schon zu meiner Frau gesagt. Nichts Gemisses weiß man ja me- mals nicht, aber der Herr Mellentin, den habe ich immer für unschuldig gehalten, auf den hätte ich Häuser bauen mögen.“

Heinz fand nun gut im stillen, daß das ein einigermaßen schwieriges und für den jungen Quisquovalter keineswegs angenehmes Unterfangen gewesen wäre. Aber der Augenblick war zu ernst, als daß ihm die Nebenbedeutung des Wortes auch nur ein Wächter hätte entlocken können.

„Ja, ja“, erwiderte er. „Es ist schließlich ein schwerer Missetat, diese Verhaftung. — Eine Spur von Freulein von Beyow hat man also noch nicht gefunden?“

„Wo wird man denn! Gar nichts, reinweg gar nichts! Und wir haben doch alles abgejagt — den Wald hier herum und die Landstraße und alles! Reinerweg wie verheert!“

Und vertraulicher werdend sagte er: „Wirklich — es ist wie verheert! Als ob alles auf den Kopf gestellt werde! Heute morgen um halb vier stehe ich am Fenster und will sehen, wie das Wetter wird. Kommt da 'ne Equipage vorüber — und wer sitzt drin? Der Herr Baron de Wehrant! Na frag' ich Sie: um halb vier! Um halb vier! Ich meine, um halb vier macht einer, der ein leich- tigher Baron und auch noch aus Frankreich ist, doch keine Spazierfahrten! Und richtig — er hat auch keine Spazier- fahrt gemacht, verzeiht er! Denn der Ruifcher hat bei mir angehalten und einen Kleinen geschmigt, und da sind wir so ins Schwagen gekommen, na, und da hat er mir's erzählt, daß der Herr Baron verreist!“

De Quirin verzeiht! Eine neue, überraschende Nachricht. Melten versuchte, noch mehr aus dem Wit herauszuholen, aber der war offenbar mit seiner Weisheit zu Ende. Was er noch mit einem unendlichen Wortschwall vorbrachte, war nur wertloses Geschwätz, und Melten zog es deshalb vor, sich von ihm zu verabschieden — mit dem Vorgehen, einen Gang durch das Dorf machen zu wollen.

Da er auf die Landstraße hinanstret, war er vollkommen ratlos, was er nun beginnen könnte. Sollte er mit dem, was er bis jetzt über Hohen-Wälzen wußte, zu dem Staatsanwalt gehen? Ein aussichtsloses Unterfangen! Er hatte ja keinen stützigen Beweis und keinen anderen Zeugen als seine zwei Augen. Und er war überzeugt, daß eine eventuelle Haus- suchung bei dem Baron ergebnislos verlaufen würde. Per Heuzogte war viel zu gerieben, als daß er nicht auch für diesen Fall seine Versteckungsregeln hätte treffen lassen. Und in dem Augenblick, da sich ein Gerichtsbeamter bei ihm einstellte, war er gewarnt — und würde wahrscheinlich jagen mehr zu lassen sein.

Nein, von diesem Schritt mußte er noch absehen. Aber es war auch zweifellos, wenn er selbst jetzt nach Hohen-Wälzen ging. Ganz abgesehen von der Gefahr, gesehen zu werden, konnte es ihm auch keinerlei Nutzen bringen. Er vermochte nichts zu tun, als abzuwarten und sich vorerst unthätig zu verhalten.

Diese Gewissheit lastete schwer auf ihm, und in sehr ge- drückter Gemütsstimmung ging er platonisch in das Dorf hinein.

wegensatz empfing er sich, Pastor Katenhufen in Katenhoop aufzusuchen.

Der Empfang, den er fand, war naturgemäß außerordent- lich freundlich. Der Pastor beglückwünschte ihn zu seiner Wiederherstellung; Melten hielt es nicht für notwendig, ihn aus seinem Irrtum zu weisen. Bis zum Abend wollte er auf Katenhoop, aber Reins kam dabei nicht zutage. Pastor Katenhufen mochte wohl nicht dazu geeignet sein, den Kriminal- beamten zu spielen. Denn was er hatte in Erfahrung bringen können, war gleich Null.

Als sich Melten gegen Abend verabschiedete, war seine Stimmung noch gedrückter und hoffnungsloser denn zuvor. Glücklicherweise war der Wert nicht da und er vor seinem lästigen Gedächtnis verhielt, während er sein Abendessen verzehrte. Schon wollte er sich erheben und in sein Zimmer begeben, um noch ein paar Briefe zu schreiben, als vor dem Bettschrand die Equipage des Herrn von Beyow vorfuhr, und gleich darauf der alte Diener in die Hofstube trat.

Er schielte vertraulich, als er Herrn von Melten erblickte, und überreichte ihm einen Brief.

„Vom gnädigen Herrn“, sagte er nur. Und Melten trat unter die Hängelampe, rief den Umschlag herab und überflog rasch die wenigen Zeilen, die das Billet enthielt.

Da stand, offenbar von hastiger Hand hingeworfen:

„Lieber junger Freund!“

Wenn Sie geneigt sind, das zu vergessen, was gestern und heute zwischen uns vorgefallen ist, bitte ich Sie her- zücht, mich so gleich zu besuchen. Ich schide Ihnen deshalb den Wagen mit — in der sicheren Erwartung, daß Sie kommen werden. Ich brauche dringend Ihren Rat — in der Angelegenheit meiner Tochter.

Mit freundschaftlichem Gruß Kurt von Beyow.“

Rasch riß Heinz seinen Hut vom Nagel.

Kommen Sie — schnell!“ sagte er. Und ich bitte Sie, die Pferde tüchtig auszureißen zu lassen.“

Zwei Minuten später rollte der Wagen nach Weisenhagen davon.

Fortsetzung folgt.



...als um 10 Mark teurer geworden, angeblich wegen der teuren Kohlen.

**Holz für Druckpapier.** Im Reichswirtschaftsministerium haben Verhandlungen darüber stattgefunden, der Papiernot, die das Zeitungsgewerbe lahmzuliegen droht, nach Möglichkeit zu beseitigen. Die Einzelstaaten mit Waldbesitz sollen veranlaßt werden, Papierholz in ausreichender Menge den Fabriken zu ermäßigten Preisen zur Verfügung zu stellen. Vorrangig wird das Reich Barzuskäufe leisten.

**Die Zementpreise** sind folgendermaßen festgesetzt worden: für Heeres- und Staatsverwaltung 2230 Mk., für sonstige Zementabnehmer in Süddeutschland 2300 Mk.

**Kaffee-Erntepreis.** Der Rohkaffee-Verkaufspreis der Kaffee-Ernteprodukte wurde vom Reichswirtschaftsministerium die Befugnis erteilt, die Preise für Kaffee-Ernteprodukte, die nicht aus Ostindien hergestelt sind, beweglich festzusetzen bzw. zu genehmigen.

**Der Zuckerpriß** ist unter Berücksichtigung des neuen Umsatzsteuergesetzes für Rohzucker ab Fabrik um 28 Pf., für Verbrauchs Zucker um 1.30 Mark der Zentner erhöht worden. Der Handelszuschlag für Weiterverkauf beträgt 1.12 Mark. Die weitere bedeutende Preissteigerung durch Zuckerversteuerung usw. wird später bekannt gegeben.

**Auch die Zuckerte** sind wieder teurer geworden. Für gewöhnliche Zuckerte ist der Höchstpreis auf 12.40 Mk. (Herstellerepreis 8.66), für überzogene und Pfefferzucker auf 13.60 (9.52), für überzogene und glasierte oder gefüllte auf 15.20 Mk. (10.65) festgesetzt worden.

**Auslandszucker** wird zur Herstellung von Arznei und Nährmitteln, für Krankenkost, für technische Zwecke usw. wegen der hohen Kosten nur noch zur Hälfte der bisherigen Menge abgegeben. Der Preis beträgt 760 Mark der Zentner.

**Marmelade.** Der Preis für ungesüßte Marmelade ist auf 3.70 Mark das Pfund erhöht worden.

**Reichswetterdienst.** Wie verlautet, werden zur Zeit Verhandlungen über die Einrichtung eines Reichswetterdienstes geführt.

**Eierzufuhr.** Während im Frieden jährlich etwa 4 Milliarden Stück Eier eingeführt wurden, ging diese Zahl im Jahre 1918 bis auf mehrere Millionen zurück. Im Jahre 1919 nahm die Einfuhr immer mehr ab und hörte vom August vorigen Jahres an gänzlich auf. Die Ausschichten auf eine Wiederbelebung sind sehr ungemüßig. Das hauptsächlich als Lieferungsgebiet in Frage kommende Polen hat erklärt, nur im Weg eines Handelsvertrags im Austausch gegen andere deutsche Produkte Eier zu liefern. Ebenso liegen die Dinge in der Tschechoslowakei, in Holland, der Schweiz und ganz besonders in Dänemark. Die Eierzufuhr von Amerika hat neuerdings begonnen; sie hat Deutschland aber nicht erreicht. Neuerdings kommt auch die Einfuhr von Eierschalenfabrikaten aus China in Betracht, die sich gut bei der Bevölkerung eingeführt haben, aber stark im Preise gestiegen sind.

**Die Ausfuhr von Hauschuhen** aus Bestoffen ist freigegeben worden, da die deutsche Industrie, wie das Reichswirtschaftsministerium mitteilt, weit mehr erzeugen kann, als der Bedarf in Deutschland beträgt.

**Gastwirtschaften** sind nach einer Entscheidung des Reichswirtschaftsministeriums lebenswichtige Betriebe. Auf-forderung zur Schließung der Wirtschaften (Streik) wird bestraft.

**Die ersten Reichstagswahlen** sollen nach einer Berliner Nachricht in der Zeit zwischen Mitte Mai und Mitte Juni zu erwarten sein.

**Mais.** Nach der „Frankfurter Zeitung“ hat die Reichsregierung in Holland eine Million Tonnen Mais angekauft.

**Die Tabaksteuer.** Als Ausgleich für den für ausländischen Tabak zu zahlenden Goldzuschlag bei unserer schlechten Valuta soll eine Erhöhung der Tabaksteuer in den drei obersten Klassen der Zigarren und Zigaretten um 40 Proz., im übrigen um 20 Prozent in Aussicht genommen sein.

**Milchsteuer.** Nach einer Berliner Meldung beabsichtigt die Reichsregierung eine Milchsteuer von nicht weniger als 20 Prozent einzuführen, deren Ertrags für die Herstellung von Kottwohnungen verwendet werden soll.

**Die Holzpreise** haben in der letzten Woche weiter angezogen; da mit der Abrechnung der städtischen Reichsteile an Polen von dort kein Holz mehr nach Deutschland kam.

**Das Auslandsporto.** Die Postgebühren für einen Brief soll von der Weltpostversammlung in Genf Anfang März von 25 auf 40 Markpen, die für Postkarten von 10 auf 20 Markpen erhöht werden. Länder mit einer notleidenden Valuta sind berechtigt, auch ohne Genehmigung der Weltpostkongresse ihre Gebühren für Auslandsverbindungen zu erhöhen. Die deutsche Post hat hievon schon Gebrauch gemacht, indem sie die Gebühr für Weltpostkarten auf 15, die für Briefe auf 30 Pf. erhöht.

**Beifutter für Pferde.** Die Reichsfuttermittelstelle verfügt noch über 600 000 Ztr. Beifutter (ge-drochete Futterrüben, Melasse usw.), die demnächst an die verschiedenen Landesfuttermittelstellen verteilt werden.

Die Uebernahmepreise für Tierkörpermehl, Fleisch-futtermehl wurden auf 900 Mark (Sad 30 Mk.), für Blut-mehl auf 1040 Mark und für Beinmehl auf 550 Mark erhöht.

**Die Viehzucht.** Am 1. März ds. Js. fand wieder eine Viehzählung statt. Alle Haustiere, mit Ausnahme der Schweine, sollen in die Zählung aufgenommen werden.

**Schwäbische Volksbühne,** welche hier drei Vorstellungen gab und zwar am Samstag Rogers' Lastspiel „Die besessenen Kleinräuber“, am Sonntag Lessings „Nathan der Weise“ und am Montag Hebbels Trauerspiel „Maria Magdalena“ hatte einen vollen Erfolg. Das Haus war jedesmal ausverkauft und das Publikum von den vortrefflichen Darbietungen der Schwäb. Volksbühne hochbefriedigt.

**Unterschwandorf, 14. Febr. (Das Alte stirbt.)** Das Oberamt hat die Fortsetzung des Abbruchs der Baumwirtschaft gestattet, nachdem derselbe vor 14 Tagen stiller worden war. Damit fällt ein weiteres Wahrzeichen unseres Fleckens an der alten Straße nach Nagold. Die alte jüdische Synagoge ist schon vor 1/2 Jahr abgebrochen worden nebst einem Wohnhaus. Auf dem Platz der alten Baumwirtschaft will Rühlbesitzer Rapp eine elektrische Drehschneidmaschine für die Ortsbewohner einrichten.

**Volmaringen, 17. Febr. (Kassenschließungen.)** Wegen schwerster Ausschreitungen in der „Kasse“ in Volmaringen sind 6 hiesige Barschen an das Amtsgericht Horb eingeliefert worden.

**Freudenstadt, 16. Febr. (Von den Krankenkassen.)** Bei den vereinigten hiesigen Krankenkassen sind verschiedene Änderungen eingetreten. An dem Beitragssatz von 4% des Grundlohns ist gegenüber seiner bisher voreist nichts geändert worden, dagegen ist durch Vorstandsbeschlüsse eine Änderung an der Lohnstufen Einteilung (Streckung der seitherigen untersten Stufe und Ananschlag einer weiteren Lohnstufe mit 10 M Grundlohn) vorgenommen worden. Die Mitglieder der besonderen Ortskrankenkasse erhalten von jetzt an das Krankengeld ebenfalls auch für alle Tage, also auch für die Sonntage vom 2. Krankheitsstage an ausbezahlt; an den Zahnerlaykosten zahlt jetzt die Krankenkasse darüber 1/2 der Kosten; der Höchstbetrag für kleinere und größere Heilmittel ist von seitherigen 20 M bzw. 40 M auf 60 M festgesetzt worden. Die Wochenhilfe wird im gesetzlichen Höchstbetrage gewährt. Mit Genehmigung des Oberversicherungsamts soll im Laufe dieses Jahres auch Familienhilfe als weitere Mehrleistung (ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei für versicherungsfreie Ehegatten der Versicherten für 13 Wochen und bis zum hälftigen Betrage der Kosten sowie Gewährung von Sterbegeld beim Tode der nichtversicherten Ehegatten) ohne Erhebung von Zusatzbeiträgen hierfür eingeführt werden. Angehörige der neuen Mehrleistungen der Kasse und insolge der gewaltigen Steigerung der Arz-, Apotheker- und Krankenhausverpflegungskosten ist eine baldige Erhöhung der Kostenbeiträge von seitherigen 4% auf 6% des Grundlohns notwendig.

**Widdbad, 13. Febr. (Wasserkräftnutzung der Großen Enz.)** In der heutigen Gemeinderatsitzung erklärte Oberbaurat Engelhorn einen vom Wasserkräftamt der Ministerialabteilung für Straß- und Wasserbau aufgestellten allgemeinen gehaltenen Entwurf einer großartigen Wasserkräftnutzung der Großen Enz zwischen der Rälber- und Widdhoffsbühl. Hierzu soll mittels eines, zugleich auch zur Aufspeicherung des bei Nacht zufließenden Enzwassers dienenden, 5 Km. langen Oberkanals das verfügbare Gefälle von rund 50 Meter in einer Stufe ausgenutzt und dabei 300 bis 1000 im Jahresmittel 700 Pferdestärken oder über 4 Mill. Kilowattstunden elektrische Energie erzeugt werden. Neben dem im Talgrund zu erstellenden Kraftwerk ist zur Verweilung von Schlämmschlamm der unterhalb gelegenen Wasserwerke ein Ausläuchtwasser vorgesehene, in welchem die während des Tags unregelmäßig abgelassenen Wassermengen gesammelt und auch dem sie, auf 24 Stunden gleichmäßig verteilt, derart zum Abfluß gebracht werden sollen, wie sie im Flußbett oberhalb des Wehrs zufließen. Der Gemeinderat beschloß einstimmig, auf Grund dieses Vorentwurfs Konzessionspläne auszuarbeiten zu lassen, um mit den Bauarbeiten zur Kraftanlage, wenn irgend möglich, noch heuer beginnen zu können.

**Stuttgart, 17. Febr. (Eingemeindung.)** Bei ziemlich schwacher Wahlbeteiligung — von 1889 Wahlberechtigten stimmten 998 ab — entschieden sich in der Volksabstimmung 886 Einwohner von Hedelfingen für die Eingemeindung in Groß-Stuttgart, 112 stimmten dagegen. Der Vertrag wird in dieser Woche unterzeichnet. Mit Hedelfingen verliert das Oberamt Cannstatt, das kleinste des Landes, einen weiteren Ort.

**Stuttgart, 17. Febr. (Die Techniker im Landtag.)** Wie in der Nationalversammlung, so hat sich auch im würt. Landtag eine technische Gruppe gebildet. Es gehören ihr an von der D. dem. Partei die Abgg. Wieland, Brudmann und Lintenhilf (Vorpräsident), vom Zentrum die Abgg. Köhler, Groß und Schmid und von der Sozialdemokratie Herrmann und von der Bürgerpartei Wiber.

**Stuttgart, 17. Febr. (Vom Ev. Töchterschule.)** Die seit 80 Jahren bestehende private Mädchen-Realschule „Evangelisches Töchterschule“ ist dieser Tage auf eine breitere Grundlage im Sinne der christlichen Schule gestellt worden. Die evang. Gemeindegemeinde, die evang. Diakonissenanstalt und die evang. Gesellschaft beteiligen sich an der Verwaltung und Förderung der Schule. Für auswärtige Schülerinnen wird in der Diakonissenanstalt für ein Schwesternheim „Martha-haus“ Raum zur Verfügung gestellt.

**Stuttgart, 17. Febr. (Fleischpreis.)** Der Preis für Ochsen- und Rindfleisch wurde hier auf 3.70 bis 4.70 Mk. erhöht. Der Grundpreis für Fleisch mit Bein beträgt 3.30 Mk. das Pfund.

**Stuttgart, 17. Febr. (Amerikaner-Hilfe.)** In Philadelphia haben sich unsere Landsleute zu einem Hilfsbund für Stuttgart und Umgebung vereinigt und an Oberbürgermeister Lautenschlager 130 000 Mark abgesandt. Die Spende kommt zu gleichen Teilen der Vereinigung ehemaliger würt. Kriegsgefangenen, den erblindeten würt. Soldaten und dem Wohltätigkeitsverein zu. Eine Sen-

zung von 200 Kisten landbesetzter Hüte, 10 Sad Kleid- und 2 Kisten getragener Kleider usw. ist unterwegs.

**Böblingen, 17. Febr. (Ernennung.)** Der dienst-aufsichtsführende Amtsrichter, Landgerichtsrat Hingeler, hier, ist zum Ministerialrat im Justizministerium ernannt worden.

**Ehlingen, 17. Febr. (Kapitalerhöhung.)** Die Maschinenfabrik Ehlingen, deren Aktien ebenfalls, wie den Daimlerschen vom ausländischen Kapital nachgestellt wird, beabsichtigt 4 Millionen Vorzugsaktien mit dreifachem Stimmrecht auszugeben.

**Rußdorf O.A. Baihingen, 17. Febr. (Tabakfreie.)** Eine Versammlung von Tabakpflanzern hat beschlossen, heuer die Ablieferung des Tabaks zu dem von der Deutschen Tabakhandelsgesellschaft (Detag) festgesetzten Preise zu verweigern, da die Tabakhändler und Fabrikanten, die keine festen Preise haben, ungeheure Gewinne machen, während der Pflanzler sich mit dem von den Höchstpreisen begnügen soll. Auch die Tabakpflanzler Badens haben die Ablieferung verweigert.

**Veßraheim, 17. Febr. (Stillelegung.)** Aus Bremen wird gemeldet, daß die Bremen-Beisigheimer Werke, die ungefähr 600 Arbeiter beschäftigten, wegen Kohlenmangels den Betrieb schließen mußten.

**Schorndorf 17. Febr. (Geschlossene Betriebe.)** Die Metzgerei und Wirtschaft von Eugen Pfeiderer und die Metzgerei des Kam. Lauppe hier werden wegen Unzuverlässigkeit der Inhaber vom Oberamt geschlossen.

**Ebingen, 17. Febr. (Heimstätten.)** Unter Beteiligung der Stadtgemeinde Ebingen und des Schwäbischen Siedlungsvereins E. S. in Stuttgart, sowie 18 weiterer Gesellschafter wurde der Siedlungsverein Ebingen G. m. b. H. in Ebingen mit einem Stammkapital von 45 000 Mk. gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist, auf gemeinsamer Grundlage und unter vorzugsweiser Berücksichtigung von Kriegsheimkehrern und kinderreichen Familien Heimstätten für die minderbemittelte Bevölkerung in Ebingen zu errichten.

## Vermischtes.

**Was alles gestohlen wird.** Aus der Schuhhülle auf dem Dohrenkaufen wurde das in Leder gebundene Fremdenbuch gestohlen.

**Schuhe für Wien.** Die Reichsregierung hat die Ausfuhr von 15 000 Paar Lederschuhen nach Wien genehmigt.

**Teurer Wein.** Der Wingerverein Deidesheim (Pfalz) hat für seinen Johanniswein in der eigenen Wirtschaft den Preis für das Vierteliter von 3 auf 5 Mark hinaufgesetzt.

**Schiffuntergang.** Das 2100 Tonnen große dänische Segelschiff „Albert Borg“ ist bei Göteborg (Schweden) gestrandet und gesunken. 13 Mann der Besatzung sind ertrunken.

**Brillanten schmuggel.** Von Holland her wurden mit Beginn des Waffenstillstands Riesmengen von Brillanten nach Deutschland geschmuggelt und hier nur gegen 1000 Mark Scheine verkauft. Infolge des fortgesetzten Sinkens der deutschen Mark machen sich nun die ausländischen Händler daran, die Brillanten und Perlen wieder aufzukaufen. Es werden bei diesen Geschäften geradezu ungeheure Summen verdient.

**Polnisches.** Die polnische Regierung hat in dem annektierten Gebiet die Einfuhr evangelischer Kirchensbücher aus Deutschland verboten.

## Handel und Verkehr.

**Oberlingen, 14. Febr.** Bei der heutigen Versteigerung des Gemeindelagerholzes wurden 900 bis 950 Prozent des Reibpreises von 1919 erzielt.

## Letzte Nachrichten.

**W.B. Berlin, 18. Febr.** Reichsminister Kosse sprach sich über die Entente mit dem Reichsminister für den auswärtigen Handel, nachdem er in verschiedenen Morgenblättern zufolge dahin aus, daß es durchaus verfrüht sei, anzunehmen, daß wir vor allen weiteren ernstlichen Schwierigkeiten und etwaigen Repressalien bewahrt bleiben würden. Die Alliierten behielten sich ausdrücklich das Recht vor, Schuldige, denen sie haßhaft wären, vor ihren eigenen Richter zu stellen. Deshalb bestehe eine außerordentliche Unsicherheit für jeden Deutschen, der im Kriege war, wenn er künftig eines der alliierten Länder betrete.

**W.B. Berlin, 18. Febr.** In der Entente an die holländische Regierung (Quartier der Brl. Lokalanz., daß die Lokant, die bisher im internationalen Verkehr nicht üblich war, Hollands Regierung nicht darüber hinwegtäuschen werde, wie in ihr eine Verschärfung des Verzeichnisses gesucht werde, den die Entente trotz der formellen Anstreichung ihrer Auslieferungsfordernng auch bei dieser Gelegenheit habe ausprechen müssen. Im übrigen lägen keine Tatsachen vor, die die Annahme berechtigt erscheinen ließen, Holland könne sich jetzt mit einer Gewissankunft des Abbruchs zufrieden geben, die dessen Annulierung bezweckell ähnlich läßen.

**W.B. London, 18. Febr.** Reuters erzählt, Wilsons Note betreffend Südflavien sei ein sehr langes Dokument. Es heiße in ihr, wenn die Alliierten eine Entschädigung im Sinne des Pariser Kompromisses vom 30. Januar treffen würden, würden die Ver. Staaten gesüßigt sein, die Zurück-zückung ihrer Unterschrift unter dem Versailler Vertrag in Erwägung zu ziehen.

**W.B. Paris, 18. Febr.** Gestern Nachmittag begann vor dem zum Obersten Staatsgerichtshof erklärten Senat die Verhandlungen gegen Josef Gaillez. Gaillez ist angeklagt, von der Kriegserklärung an, namentlich in den Jahren 1914, 1915, 1916 und 1917, sei es in Frankreich

und besonders in Paris, ist es im Ausland gegen die äußere Sicherheit des Staates Anschläge unternommen und ein Einverständnis mit dem Feind gesucht zu haben, um dessen Pläne gegenüber Frankreich und dessen Alliierte zu begünstigen. Dies sind Vergehen gegen das Strafgesetz und gegen das Militärstrafgesetz. Die gestrige Sitzung wurde mit der Verlesung der Anklageakten ausgesetzt. In die Debatte selbst wird am Freitag eingetreten.

**WTB. Budapest, 18. Febr.** (Mag. Korrespondenz.) Nach vorangegangener kirchlicher Feier wurde die ungarische Nationalversammlung mit einer Ansprache des Alterspräsidenten eröffnet. Darauf gab Ministerpräsident Heszari einen Rückblick auf die sogenannte Räteregierung. Gegenüber der Räteregierung vertrat die Nationalversammlung die auf gesunder und moralischer Grundlage stehende Demokratie. Die Umtriebe der Bolschewisten hätten die rumänische Besetzung nach sich gezogen und beides zusammen habe dem Lande größeren Schaden als der vierzehnjährige Krieg

zugefügt. — Zum Schluss erklärte der Ministerpräsident, die Regierung werde die Macht in die Hände des zu wählenden provisorischen Staatsoberschauers legen und über ihre bisherige Tätigkeit der Nationalversammlung Rechenschaft ablegen.

**WTB. Paris, 18. Febr.** Vor dem internationalen Schiedsgericht über marokkanische Mineralienangelegenheiten in Paris ist vorgestern nach langen Verhandlungen in öffentlicher Sitzung über die Namensmann Mineral-Reklamation die Entscheidung gefällt worden. Das Schiedsgericht hat gegen die Stimme des deutschen Schiedsrichters die von dem Gebr. Mannesmann 1908 und 1909 vom Sultan Muley Hafid erworbenen Mineral-Konzessionen für nichtig erklärt.

**WTB. Paris, 18. Febr.** In der gestrigen Sitzung der franz. Kammer und des franz. Senats wurde die angeklagte Abschiedsbesetzung des Präfekten Poiccaré verlesen. Es heißt darin, Deutschland habe Frankreich gegenüber Verpflichtungen übernommen. Frankreich müsse

ihre Ausführung sicherstellen. Deutschland habe versprochen, sich nicht mehr gegen die Ruhe Europas zu bewaffnen. Frankreich müsse darüber wachen, daß Deutschlands Entwaffnung effektiv werde. Frankreich müsse von Deutschland verlangen, daß es das Uebel wieder gutmache, daß es angeht. Poiccaré fordert Frankreich angeht, daß die Republik jetzt zu erfüllen habe, zur Einigkeit auf.

**WTB. Paris, 18. Febr.** Bis zum 13. Februar sind im ganzen 144 Gefangenentransporte nach Deutschland abgegangen. Die Transporte entwickeln sich mit der größten Regelmäßigkeit und Ordnung. Aus denselben Gründen werden die Gefangenen nicht mehr in Mannheim und Düsseldorf, sondern in Ludwigshafen und an der Mosel übergeben. Am 20. Februar beginnen auch die Rindentransporte in besondere Jagetzügen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Reul.  
Druck und Verlag der W. Necker'schen Buchdruckerei, Albstadt.

**Amtliche Bekanntmachungen.**

Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, umgehend hierher mitzuteilen, ob sich dort etwa Altenteilige Staatsangehörige befinden, die in ihre Heimat zurückkehren wünschen oder die nach ihrem freien Willen auch fernerhin in Deutschland bleiben wollen. Zutreffendenfalls sind Vor- u. Zunamen derselben, ihre bisherige Arbeitsstelle und ihr tatsächlicher Heimatort anzugeben.

Fehlanzeige ist nicht erforderlich.  
Ragold, den 16. Febr. 1920. Oberamt: Müng.

**Zuckerzuweisung.**

Der Monatszucker für den Versorgungszeitraum vom 16. 2. bis 15. 3. wird dieser Tage zur Ausgabe gelangen. Der Zucker für die Säuglinge wird mitgeliefert. — Der Kleinverkaufspreis beträgt für diese Versorgungsperiode M. 1.28 per Pfund.

Ragold, den 16. Febr. 1920. Oberamt Müng.

**Häutemehrerlöse.**

I. Gemäß Bekanntmachung der Reichsfleischstelle vom 9. 2. 20 beträgt der Häutungslohn für die Zeit vom 16. Febr. bis 14. März 1920 einschließlich für den Zentner Lebendgewicht:

für Rinder, ausgenommen Kälber	M. 87
„ Kälber	M. 194
„ Schafe mit vollwolligen, halblangen und kurzwoolligen Fellen	M. 129
„ Schafe mit Blößen	M. 113
„ Pferde, einschließlich Fohlen, Esel, Maultiere und Maulesel	M. 67

Mit Genehmigung der Fleischverorgungsstelle wird für den Bezirk Ragold mit Wirkung vom 16. Febr. 1920 ab dem Tierhalter der volle Betrag des Häutemehrerlöses gewährt.

II. Entsprechend der Aenderung der Zuschläge für Schlachttiere werden die für Rind- und Zuchtrindvieh festgesetzten Höchstpreise von 130 M. für 50 Kilo Lebendgewicht für die gleiche Zeit in folgender Weise erhöht:

bei Großvieh	130 M. und 87 M. = M. 217
„ Kälber	136 M. u. 194 M. = M. 324

III. Wegen der Erhöhung der Fleischpreise wird in Räbe besondere Bekanntmachung erfolgen.

Ragold, den 17. Febr. 1920 Oberamt: Müng.

**Blaubeurer Dung - Kalk  
Feldergips  
Kainit feinste Mahlung  
Kali - Salz.**

empfehlen  
**Veeh u. Ziegler  
G. Schneiders Nachfolger  
Altensteig, Telefon 9.**

Ein- oder Zwei-  
**Familien-Haus**

in sonniger Lage zu kaufen gesucht.  
Briefl. Angeb. unter „A 7“ a. b. Geschäftsstelle.

**Bettmatten**

Wettrung garant. sofort durch unseren Kompressor. Alter u. Geschlecht angegeben.  
Kunststoff umsonst durch  
**Rorra-Verband, Färthel. B.  
Sommerstraße 3.**

**Mädchen**

gesucht zur selbständigen Führung des Haushalts für Anfang März oder später. Anhangslohn M. 75 monatlich.  
**Frau Richard Eulich  
Musikhaus, Pforzheim.**

**Feuerfeste Backofenplatten  
Feuerfeste Normalsteine  
Feuerfeste Plättchen  
Feuerfeste Erde**

empfehlen  
**Veeh & Ziegler, G. Schneiders Nachf.  
Altensteig, Telefon 9.**

**Altensteig.  
Bestes  
Vogelfutter**

gemischt (Singfutter)  
empfehlen von irischer Sendung  
**G. W. Eng Nachf.  
Fritz Bühler jr.  
Altensteig.**

**Waschseife  
Kasierseife  
echte Reisstärke  
Brockmanns Futterkalk**

bei  
**Johs. Kaltenbach.**

**Brennstoff  
für Feuerzeuge  
Stearin-Kerzen  
und Bodendöl**

empfehlen  
**Schwarzwald-Drogerie  
+ Altensteig +  
Telefon 41.**

**Altensteig.  
Eine größere  
Werkstatt**

sucht zu mieten  
wer? sagt die Expd. ds. Bl.  
**Altensteig.**

Leichtere  
**Stelle**

in kleineren Haushalt sucht  
für sofort oder 1. März  
wer? sagt die Expd. ds. Bl.

**Verläßl. Person**  
als Bezirksfilialhalter gesucht.  
Ort u. Beruf gleich. Kap. nicht  
erf. Ang. unt. B. 10 595  
a. b. Ann.-Exp. Bonacker u.  
Rang, Düsseldorf.

Gesucht wird für sofort  
ein tüchtiger, mit guten Zeug-  
nissen versehen

**Pferde-  
Knecht**

nicht unter 20 J., der auch  
die Landwirtschaft versteht.

**Ludwig Weich  
Güterbeförderer, Wilsberg.**

**Waldrennack O.K. Reunbürg**

Einen  
**Knecht**

zum Langholzfahren zum so-  
fortigen Eintritt gesucht bei  
gutem Lohn und Behandlung  
**Friedr. Regemann  
Alt Röhleswirt.**

**Lehrlings-  
Gesuch.**

Gute Lehrstelle findet an-  
ständiger Junge unter günsti-  
gen Bedingungen bei

**August Joher  
Gipser- und Malergeschäft  
Altensteig.  
Freudenstadt.**

Für Haus und Garten  
suche ich auf 1. April ein  
ehrliches, fleißiges

**Mädchen**

nicht unter 18 Jahren  
**Fr. Rechtsanw. Knobel**

Suche erbedrängtes gutech.  
**Wirtschafts-Druckster**  
wann auch alles System zu lan-  
sen. Preis mit einfacher Beschrei-  
bung. G. Bliger, Trostlagen.

**Statt Karten!  
Neuweiler - Martinsmoos.**

**Hochzeits-Einladung.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Be-  
kannte zu unserer am  
**Donnerstag, den 19. Februar 1920**  
im **Gasthaus zum Lamm in Neuweiler**  
stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

**Fr. Wilh. Bühler** | **Dorothea Kalmbach**  
Sohn des | Tochter des  
† Friedr. Bühler Holz- | † Michael Kalmbach  
hauer in Neuweiler. | Käfers in Martinsmoos.

**Kirchgang um 1/2 12 Uhr in Neuweiler.**

**Achtung Hausfrauen!**

Es werden **Donnerstag im Gasthaus z. Krone in  
Altensteig gestrickte wollene Lumpen**  
aufgekauft das Kilo. zu 14 M. gewöhnl. Hauslumpen  
das Kilo. 80 Pf.

**Zuckerrübenschnitzel  
Möhren geschnitzelt**

empfehlen  
**Veeh & Ziegler  
G. Schneiders Nachf.  
Altensteig, Telefon Nr. 9.**

**Altensteig.  
Mein reichsortiertes Lager in allen Arten von  
FEUERZEUGEN**

**Cigarren- u. Zigarrettenetuis**  
kurze u. lange **Tabakspfeifen**

feinsten Stahlwaren  
**Taschenlampen usw.**

bringe ich in empfehlende  
Erinnerung

**Lorenz Lu, jr.**

Telephon Nr. 46.  Telephon Nr. 46